

Soziale Gerechtigkeit

Der (einzige)Weg zu dauerhaftem Wohlstand und Frieden!

Sind unsere Sozialsysteme unbezahlbar geworden?

- Gebetsmühlenartig wiederholen Politik, Wirtschaft und Medien diese These.
- Mit der Absicht dadurch von den eigentlichen Ursachen unserer Wirtschaftsprobleme abzulenken.

In Wirklichkeit sind es die **leistungslosen** Einkommensbezieher, die schon 2001 aus Spekulation und Geldverleih **391 Milliarden € Zinsen** einkassierten. Die sog. Realpolitiker verschweigen das jedoch, weil sie die Repressalien der finanzstarken Interessengruppen fürchten, von denen sie selbst abhängig geworden sind.

Mit **nur 10 % der Bankzinsenerträge** könnte die **g e s a m t e Sozial und Arbeitslosenhilfe bezahlt werden.**

Drei folgende Beispiele unter vielen anderen zeigen sogar, dass die angeblich „alternativlosen“ „Steuer“ und „Sozial-Reformen“ nichts anderes sind, als eine gezielte Vermögensumverteilung mit Hilfe williger Politiker und Amtspersonen, von uns Bürgern zu den einflussreichen, profitfordernden Interessengruppen.

Beispiel 1 :

Die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf 345 Euro Sozialhilfeniveau für 2 Millionen Arbeitslosenhilfe-Empfänger zum 1. Januar 2005. Beschönigend „Arbeitslosengeld II“ genannt.

Die Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 % auf 42 % zum selben Zeitpunkt ist typisch dafür, wie schamlos Umverteilung heute, - demokratisch legitimiert - erfolgt.

Zur Erinnerung 1998 lag der Spitzensteuersatz noch bei 53 % !

- Um 2,5 Milliarden Euro werden **allein** Einkommensbezieher über 52 151 Euro entlastet, sodass ein **Einkommensmillionär** gegenüber 2003 ca. **67.000 !! Euro** Steuern jährlich weniger bezahlt.
- Bei 30.000 Euro Jahreseinkommen hat die vorgezogene Steuerreform jedoch nur 567 Euro Entlastung zur Folge, und bleibt durch „Praxisgebühr“ Öl und Benzinpreiserhöhungen, etc. praktisch wirkungslos.
- **„Soziale Ausgewogenheit“** beim Zahnersatz sieht dagegen ganz anders aus: Der Einkommens-Millionär zahlt hier die gleiche „Gesundheitsprämie“ wie der Sozialhilfeempfänger.

Beispiel 2 :

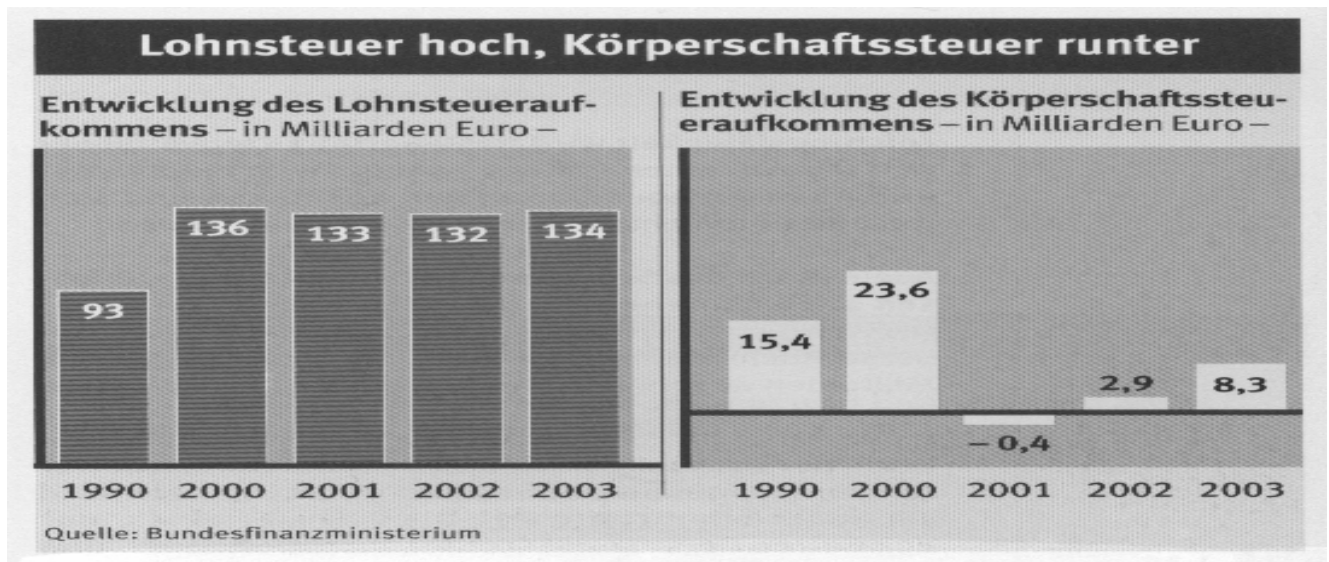
Das angebliche „Hochsteuerland“ Deutschland liegt mit 23,6 % Steuerquote gegenüber Dänemark mit 46,6 % an vorletzter Stelle der alten EU-Länder.

Der Exportweltmeister Deutschland mit 60 Mrd. € Exportüberschuss, hat aber **dramatisch sinkende Steuereinnahmen.**

- Die **Gewinnsteuern sanken** von 1970 bis 2002 von 27% auf **14 %**. Dagegen **stieg** im gleichen Zeitraum der **Lohnsteueranteil** am Gesamtsteueraufkommen von 24 % auf **35,5 %**.

Den Forderungen und Versprechen angeblicher Investoren folgend wurden die Bedingungen für Unternehmen aber mehr und mehr verbessert.

- Mit der Folge, dass statt der im Jahr 2000 noch **23,6** Milliarden Euro betragenden Körperschaftssteuer im Jahr 2001 sogar ein Minus mit **400 Millionen Steuer-Rückzahlungen** entstand.



Die „Sozialreformen“ begünstigen eine Umverteilung durch die sog. „Volksparteien“ per Gesetz !

Allein in Deutschland gab es schon im Jahr 2000 **724 Milliarden DM Zinserträge** ! Das waren 42 % aller Bruttolöhne + Gehälter oder 294 % der Krankenversicherungskosten.

Dazu kamen 2002 -trotz Rezession und Arbeitslosigkeit- **25.000 neue Geldmillionäre** hinzu.

Erstaunlich bleibt, dass diese, jedem zugänglichen Tatsachen bei unseren „freien Massenmedien“ so sorgfältig verschwiegen werden können.

Denn der Zinsanteil an den Produktionskosten liegt bei 30 bis 70 % und hat entscheidenden Anteil an der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.

- Machen die etablierten Parteien weiter wie bisher, führen Schulden und Zinsen unweigerlich zum Staatsbankrott.
- Kapitalgewinne können nicht folgenlos über den Wachstumsraten der Wirtschaft liegen. Weder Ausgabenkürzungen, Sozialabbau, Steuersenkungen oder Wirtschaftswachstum können 70 Milliarden Euro Zinseinkommen kompensieren.

Bei immer weniger offenen Stellen und 4,4 Millionen offiziell gemeldeten Arbeitslosen ist es eine Ungeheuerlichkeit den betroffenen Menschen ein Ausruhen auf Sozialleistungen vorzuwerfen!

Nicht Sozialhilfeempfänger mit 354 € Einkommen sind Sozialschmarotzer, sondern die wenigen, die 1/3 des Volkseinkommens durch bloßen Geldverleih auf ihre Konten lenken und sich oft genug noch mit Finanztricks vor dem Zahlen von Steuern drücken!

Rüstung + Privatisierungswahn + Sozialkürzungen = Staatsbankrott

Beispiel 3 :

Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ 2003 stellen fest, dass eine entsprechende militärische Bedrohung auf absehbare Zeit nicht erkennbar ist!

- 2003 wurden trotzdem 15 Mrd. € für das MEADS Raketensystem, 8,3 Mrd. € für Militärtransporter und 18 Mrd. € für 180 Eurofighter beschlossen.

Zugleich wird die Unbezahlbarkeit der Sozialsysteme verkündet !!

- Im gleichen Monat wo das Parlament 18 Mrd. € für Eurofighter bewilligte beschloss es Einsparungen von 19 Mrd. € in unserem Gesundheitssystem!
- **2004** folgte dann mit **43,4** Mrd. € **neuen** Staatsschulden ein neuer Schuldenrekord!

Ähnlich war es auch in all den Jahren seit der deutschen Wiederbewaffnung.

Die Steigerung der Bundesverschuldung war bis zur Wiedervereinigung fast immer identisch mit der Steigerung der Militärausgaben!

Die Staatsverschuldung hatte sich schon 2003 mit **70 Milliarden** Euro **Zinszahlungen**⁵ (Bund, Länder und Gemeinden) jährlich, zur effektivsten Form der Vermögens-Umverteilung entwickelt:

- Sie beträgt fast das dreifache der eigentlichen Militärausgaben von 23,8 Mrd. €. Wobei die Zinszahlungen des Bundes mit 39,7 Mrd. € inzwischen der zweitgrößte Ausgabenposten im Bundeshaushalt sind.

Jahrzehntlang haben **a l l e** etablierten Parteien, die Konzerne und „Investoren“ durch ihre Gesetzgebung begünstigt und dafür viele „**Partei-Spenden**“ und Lob für ihre „**Wirtschaftskompetenz**“ erhalten.

So wie Bundeskanzler Schröder heute von vielen „Spitzenmanagern“ für den Sozial-Abbau und die „**vernünftige Steuerpolitik**“ gelobt wird.

Nur die erhofften ausreichenden Investitionen in Produktionsstätten bleiben trotzdem aus!

Geldverleih und Spekulation werden mehr und mehr zur bevorzugten Einnahmequelle !

Und der Staat als Schuldenmacher übernimmt dabei die Hauptrolle bei der Sicherung der leistungslosen Kapitalerträge.

Den Realpolitikern der „Wirtschaftswunderzeit“ wurde dazu das -weltweit erprobte- Konzept **Rüstung für den Frieden eingeredet**. Denn damit begann der alte Kreislauf von lukrativen Profiten aus ständiger Waffenmodernisierung und den Zinserträgen für die zuvor gegebenen Kredite.

- Mit dem Ergebnis, dass schon bis zur Wiedervereinigung Schulden von fast 1 Billion DM für das Militär gemacht wurden, die bis heute durch Zins und Zinseszins und Wiedervereinigung lawinenartig auf **1,385 Billionen Euro angewachsen sind**.

Festzuhalten bleibt:

Der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg und die Sozialen Sicherungssysteme wären **ohne** jede Staatsverschuldung möglich gewesen.

Aber die **zusätzliche** Finanzierung eines riesigen Militärapparates und die Kredite mit ihrer exponentiell wachsenden Verzinsung, hat die öffentlichen Finanzen Deutschlands total ruiniert.

Deutschland hatte sich schon 1989 ebenso wie die DDR faktisch totgerüstet!

- Mit der Wiedervereinigung kam dann noch die ebenfalls durch Hochrüstung zerrüttete Wirtschaft und die Staatsverschuldung der DDR hinzu.
- Aber die Plünderung der Sozialkassen als sog. Solidarbeitrag zur Wiedervereinigung ermöglichte erneut die Vertuschung dieser Tatsachen.

Damit diese lukrative Einnahmequelle jedoch nicht versiegt gibt es in der neuen EU – Verfassung eine „Aufrüstungs-Verpflichtung“ und die Festlegung auf eine „offene“ Marktwirtschaft mit f r e i e m Wettbewerb.

Es gibt Alternativen zu Privatisierungswahn und Sozialkürzungen!

Wir brauchen einen **Richtungswechsel und Neuanfang** in der **Politik**. Er muss sich statt der Förderung des Egoismus wieder am Leitbild des Gemeinwohls orientieren und die Menschen wieder zusammenbringen. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sollten nicht als Problemfall behandelt werden. Der Ausverkauf des öffentlichen Besitzes, wie z.B. Wasserwerke, Bahn und Post ist zu stoppen.

„Verantwortungsvolle Politik“ sollte beispielsweise folgende Aspekte enthalten:

- Internationale Kapitalschlupflöcher sind zu schließen
- Steuerschlupflöcher für Reiche sind zu beseitigen
- Eine Börsenumsatzsteuer (Tobin-Steuer) ist einzuführen
- Tauschringe sind zu fördern
- Für Stabilität im Geldwesen und eine Geldumlaufsicherung ist zu sorgen
- Den Ausverkauf des Bodens von Kommunen ist zu stoppen
- Sparkassenmodelle wie z.B. das Augustanamodell nach D. Suhr sind zu fördern, die öffentliche und private Entschuldung ist zu ermöglichen
- Öffentliche Investitionen und Steuerermäßigungen für Firmen sind nur unter vertraglicher Verpflichtung der Firmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu tätigen
- Sich auf internationaler Ebene für die Schaffung von Sozialstandards einzusetzen

Alle etablierten Parteien haben den heute von ihnen so beklagten Zustand Deutschlands g e m e i n s a m herbeigeführt.

Die **angeblich alternativlose „Realpolitik“** der Sozial-Demontage-Parteien wird bestenfalls zu etwas Sozial-Kosmetik bereit sein, um den **Zusammenbruch der Sozialsysteme und des Staatsbankrottes** etwas zu verzögern.

- **Alle Proteste gegen diese Politik müssen konsequent die schnellstmögliche Abwahl aller dafür Verantwortlichen zum Ziel haben !**

unsere Demokratie beschließt ihre Gesetze im Parlament !

...deswegen ist eine Veränderung der Mehrheiten dort unverzichtbar.

Um die Unabhängigkeit unseres Staates wieder herzustellen und unsere Bürgerrechte zu schützen müssten Sie jetzt politisch konsequent handeln!

Eine andere und soziale Politik ist möglich !

- **Unterstützen Sie deshalb das -Bündnis für die Zukunft- !
Arbeiten Sie bei uns mit:**

ökologisch - direkt-demokratisch - gewaltfrei - radikal-sozial

Adresse: **Bündnis für die Zukunft** /e-mail: thomasbauer@buendnis-zukunft.de
Leinaustr.3 wernerkuhn@buendnis-zukunft.de
D-30451 Hannover hjwerner@buendnis-zukunft.de

im Internet: - **www.buendnis-zukunft.de** -

Quellenangaben/Auszüge zu gewünschten Themenbereichen können Sie gegen Einsendung von 3 Euro bei uns anfordern.

Nachdruck und Weiterverbreitung erwünscht!